

Flemig, Günter; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1974

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Flemig, Günter; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger (1974) : Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1974, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 15-28

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3281>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1974

Von

Günter Flemig, Klaus-Dieter Schmidt, Rüdiger Soltwedel

1. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich zur Zeit in einer Phase der Stagnation. Die nachhaltige Konjunkturbelebung, die sich Anfang des Jahres anzukündigen schien, als die Auftragseingänge sprunghaft stiegen, läßt auf sich warten. Nach anfänglichem Optimismus macht sich bei den Unternehmen nun wieder Unsicherheit in der Beurteilung der weiteren konjunkturellen Entwicklung breit (vgl. Schaubild 1).

Rückhalt findet die Konjunktur gegenwärtig nur in der Auslandsnachfrage: Wirtschaftszweige, die stark im Exportgeschäft engagiert sind, wie die Stahlindustrie, die chemische Industrie und Teile des Maschinenbaus, befinden sich im konjunkturellen Aufwind. Von der Inlandsnachfrage wird die Konjunktur dagegen deutlich gedämpft. Betroffen hiervon sind vor allem die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern sowie die Bauwirtschaft, deren schwierige Lage auch auf andere Wirtschaftszweige ausstrahlt.

2. Die verhaltene Gangart der Konjunktur hat in vielen Wirtschaftszweigen zu einem merklichen Abbau der Beschäftigung geführt; sie hat gleichwohl die Wirtschaftspolitik ihrem Ziel, eine Tendenzwende in der Preisentwicklung herbeizuführen, nicht näher gebracht. Der kräftige Preisauftrieb hat sich in den letzten Monaten in unvermindertem Tempo fortgesetzt, und dies nicht nur dort, wo die Nachfrage weiter expandierte, sondern auch in Bereichen, die von Absatzmangel und einem Rückgang der Beschäftigung betroffen sind.

Die Kombination steigender Arbeitslosenzahlen mit steigenden Inflationsraten ist für die Bundesrepublik Deutschland neu. Sie ist ein sichtbares Zeichen für den Mißerfolg einer Wirtschaftspolitik, die sich im — scheinbaren — Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung immer wieder einseitig für das Beschäftigungsziel entscheiden zu müssen glaubte — obwohl sie dabei auf kaum mehr als kurzfristige Erfolge hoffen konnte.

Anhaltend starker Preisanstieg

3. Als ein Silberstreif am Horizont wird vielfach die Tatsache gewertet, daß sich der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung seit Jahresbeginn nicht, wie anfangs befürchtet worden war, beschleunigt, sondern leicht abgeschwächt hat; die laufende Rate (auf Jahresbasis) verringerte sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres um einen halben Prozentpunkt auf knapp 7 vH. Diese Abschwächung resultierte freilich nur daraus,

— daß die Preise vieler Nahrungsmittel, und zwar insbesondere die Preise für Saisonwaren, nachgaben und

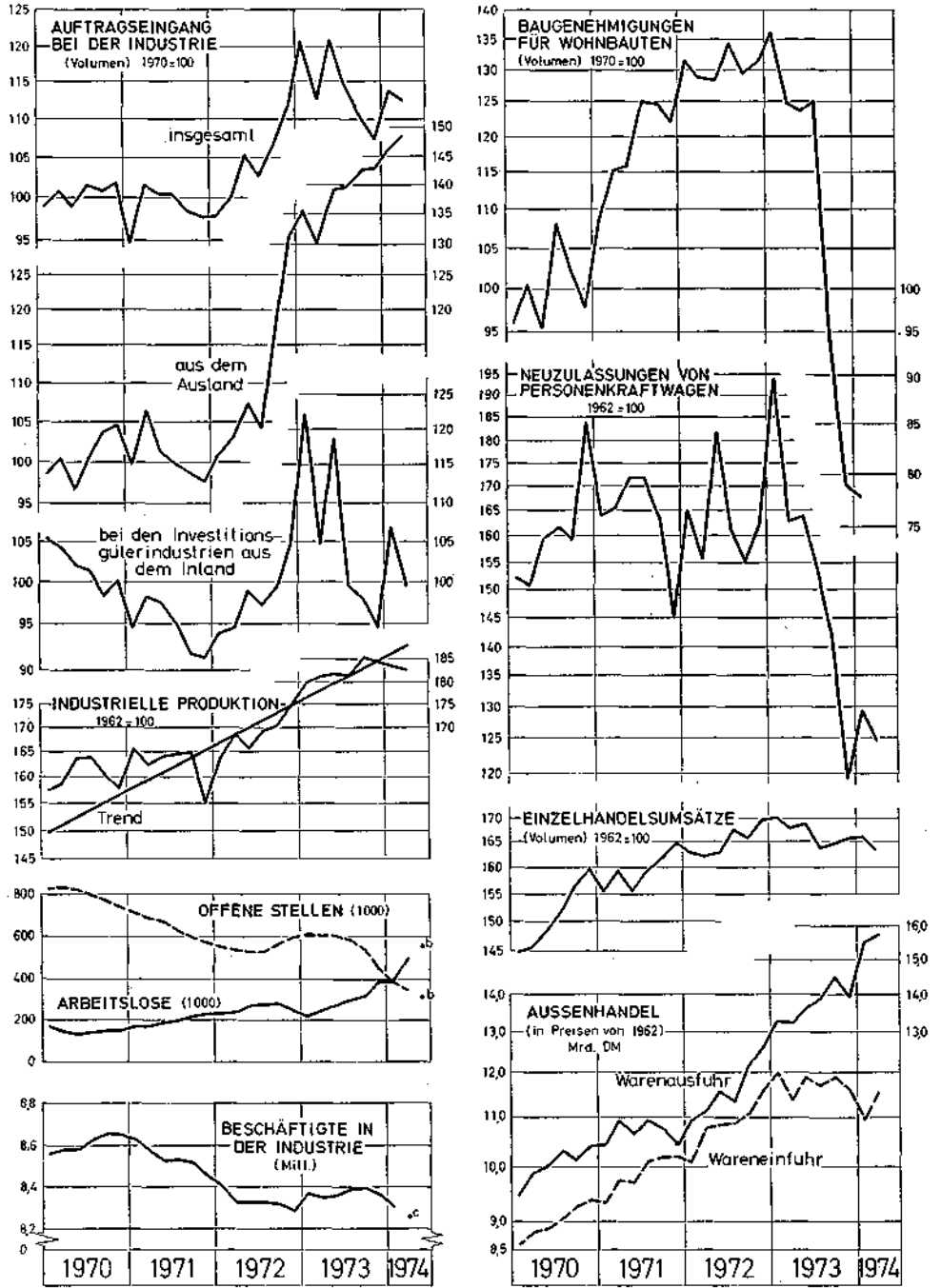
— daß sich zudem die Preise für leichtes Heizöl auf das Niveau vom Oktober 1973 — also vor Ausbruch der Ölkrise — zurückbildeten.

Außerdem wurde der Preisanstieg auch dadurch gedämpft, daß sich der ohnehin schwache Anstieg der Mieten noch weiter abflachte, was auch darauf zurückzuführen sein dürfte, daß beabsichtigte Mieterhöhungen aufgeschoben worden sind, weil sich die Zustellung der Grundsteuerbescheide nach den neuen Einheitswerten verzögert hat.

4. Bei den Preisen für gewerbliche Güter hat sich indes (läßt man die Preise für Heizöl, Kohle sowie Blumen außer Betracht) der Anstieg deutlich beschleunigt. Hier schnellte

Schaubild 1

INDIKATOREN DER KONJUNKTURENTWICKLUNG
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



die laufende Jahresrate auf über 12 vH hinauf, nachdem sie im Jahre 1973 noch bei 5 $\frac{1}{2}$ vH gelegen hatte (Tabelle 1).

Anders als sonst und anders als bei oberflächlicher Betrachtung angenommen werden könnte, sind die Verbraucherpreise dem Anstieg der industriellen Erzeugerpreise diesmal ohne nennenswerte Verzögerung und ohne große Unterschiede im Tempo gefolgt. Dies wird deutlich, wenn man die Verbraucherpreise für gewerbliche Erzeugnisse mit den Erzeugerpreisen für »reine« Verbrauchsgüter vergleicht, zwei Subindizes, die sich in der Warenzusammensetzung für einen solchen Vergleich besser eignen als die Gesamtindizes (vgl. Schaubild 2).

Tabelle 1 — Der Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland
(Laufende Rate auf Jahresbasis in vH)^a

	Januar bis April 1973	April bis Juli 1973	Juli bis Oktober 1973	Oktober 1973 bis Jan. 1974	Januar bis April 1974
Lebenshaltungskosten insgesamt	7 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	6	7	7
Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Blumen, Kohle und Heizöl	7	10	6 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{1}{2}$	7
Dienstleistungen und Re- paraturen	7 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	4	5	12 $\frac{1}{2}$
Wohnungs- und Garagen- nutzung	9	7 $\frac{1}{2}$	8	4	10
Nahrungsmittel	4	5 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$
Nichtsaisonwaren	10 $\frac{1}{2}$	5	3 $\frac{1}{2}$	8	4
Saisonwaren	6 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	8
	24 $\frac{1}{2}$	— 2 $\frac{1}{2}$	2	14 $\frac{1}{2}$	— 17

^a Saisonbereinigt, auf halbe Prozentpunkte gerundet.

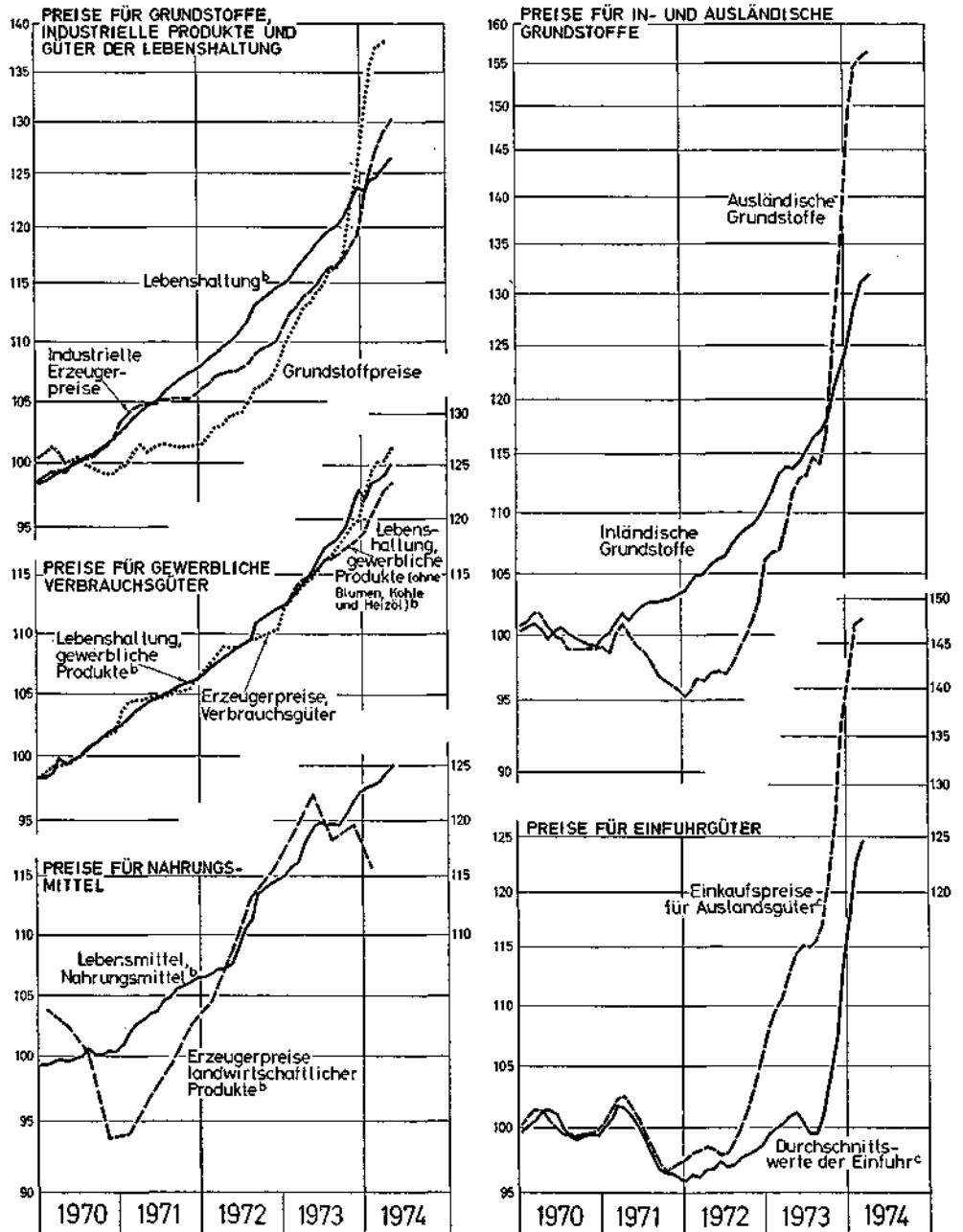
Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

5. Die leichte Abschwächung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe kann somit kein Anzeichen für eine Tendenzwende sein. Im Gegenteil, in den nächsten Monaten ist wieder — was sich in den Zahlen vom Mai 1974 bereits andeutet — mit einer erneuten Beschleunigung zu rechnen, wenn die preisdämpfenden Einflüsse entfallen: Die Heizölpreise dürften kaum noch nennenswert nachgeben, da einerseits die Rohölpreise auf dem hohen Niveau bleiben werden, andererseits die Bevorratung der Haushalte den Lagerdruck bei den Anbietern mildern wird. Auch dürfte es bei Nahrungsmitteln immer weniger zu Preissenkungen kommen; unter anderem deshalb, weil mit einer verlangsamten Zunahme des Angebots zu rechnen ist. Überdies dürfte sich die Anhebung der EG-Agrarpreise in den nächsten Monaten in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen.

6. Für eine solch pessimistische Einschätzung der Verbraucherpreisentwicklung spricht insbesondere, daß auf den vorgelagerten Produktions- und Handelsstufen keine Dämpfung des Preisanstiegs zu beobachten ist. Kennzeichnend für den anhaltend starken Anstieg der industriellen Erzeugerpreise ist, daß er sich — anders als in der Vergangenheit — auf nahezu

Schaubild 2

ZUR PREISENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



^a Lebenshaltung auf Basis 1970=100, alle anderen Preise auf Basis 1962=100 umgerechnet auf 1970=100. - ^b Saisonbereinigt. - ^c Gleitende Drei-Monatsdurchschnitte.

I.T.W. Kiel

alle Branchen erstreckt. Sein Tempo ist zwar — läßt man die in den letzten Monaten sinkenden Preise für Mineralölzeugnisse außer Betracht — nach wie vor im Bereich der Grundstoffindustrie am größten, doch haben die anderen Bereiche deutlich aufgeholt.

7. Kräftige Anstöße erhält der inländische Preisauftrieb nach wie vor von den stark gestiegenen Preisen auf den Weltrohstoffmärkten. Zwar scheint hier die Preishausse ihren Höhepunkt überschritten zu haben, doch ist zu beachten, daß die Einfuhrpreise — also die Preise für neu abgeschlossene Verträge — bislang sehr viel rascher gestiegen sind als die Durchschnittswerte der Einfuhr. Neben der unterschiedlichen Warenstruktur der Einfuhr dürfte dies auch daran liegen, daß viele Waren noch aufgrund von »alten« Lieferverträgen zu niedrigeren als den laufenden Preisen eingeführt worden sind. Soweit dies der Fall ist, muß damit gerechnet werden, daß sich die Durchschnittswerte der Einfuhr auch dann noch weiter erhöhen, wenn die Weltmarktpreise — wie es gegenwärtig den Anschein hat — nicht mehr steigen.

Verstärkter Lohnkostendruck, zunehmende Arbeitslosigkeit

8. Die Bedingungen für eine allmähliche Stabilisierung des Preisniveaus haben sich indes nicht nur durch die Einflüsse aus dem Ausland, sondern auch von der Entwicklung der Lohnkosten her weiter verschlechtert. Nach dem Deichbruch im öffentlichen Dienst zu Beginn des Jahres — es wurden effektive Einkommensverbesserungen von mehr als 12 vH vereinbart — folgte kurz darauf der Tarifabschluß in der Metallindustrie, wo sich die Lohnanhebungen einschließlich der Nebenleistungen auf fast 15 vH beliefen. Selbst in jenen Bereichen, in denen das Arbeitsplatzrisiko aufgrund der schlechten Absatzlage verhältnismäßig groß ist, lagen die Lohnsteigerungsraten kaum unter der vom öffentlichen Dienst gesetzten Marke (Tabelle 2); Beispiele hierfür sind die Abschlüsse für die Bauwirtschaft (11 $\frac{1}{2}$ vH), die Holzverarbeitende Industrie (über 11 vH) und die Textilindustrie (12 bis 13 vH).

9. Der Verlauf der Lohnrunde 1974 macht sichtbar, daß die Tarifpartner offenbar nicht mehr bereit sind, auf gesamtwirtschaftliche Rahmendaten Rücksicht zu nehmen: Obwohl frühzeitig erkennbar war, daß 1974 der Spielraum für Realeinkommenserhöhungen — allein schon wegen der Verschlechterungen der Terms of Trade — gering sein würde, haben die Gewerkschaften ihre nominalen Lohnforderungen nicht gemäßigt, sondern teilweise sogar weiter hinaufgeschraubt. In dieser Hinsicht erwies sich die von der Bundesregierung gegebene und durch die vorzeitige Aufgabe ihres Stabilitätskurses bekräftigte Vollbeschäftigungsgarantie einmal mehr als fatal: Eine Regierung, die ständig verkündet, sie werde die Vollbeschäftigung sichern, wirkt auf das preis- und lohnpolitische Verhalten der Unternehmen und Gewerkschaften anders als eine Regierung, die eine glaubhafte Stabilisierungspolitik betreibt.

10. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zeigt allerdings, daß bei aggressiver Lohnpolitik der Gewerkschaften und eingegengtem Überwälzungsspielraum der Unternehmen die Vollbeschäftigungsgarantie der Regierung für die Arbeitnehmer ein Besitztitel von zweifelhaftem Wert ist: Der Abbau der Beschäftigung hat sich weiter fortgesetzt, die Zahl der Arbeitslosen hat (saisonbereinigt) bis zuletzt kräftig zugenommen; sie betrug Ende Mai 570 000. Die Arbeitslosenquote (2,5 vH) war damit annähernd so hoch wie im Frühjahr 1967. Die Kurzarbeiterzahl (Mai: 223 000) hat sich zwar stabilisiert, teilweise freilich auf Kosten einer Zunahme der Arbeitslosenzahl. Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind — wie auch in vielen anderen Ländern — die

Bauwirtschaft, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie, also jene Bereiche, die gegenwärtig am stärksten unter Absatzmangel leiden.

11. Auffällig ist der kontinuierliche Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit. Im Frühjahr 1974 waren annähernd doppelt so viele Frauen als arbeitslos registriert wie im Tiefpunkt der Rezession 1966/67. Dies hängt teils mit den strukturellen Schwierigkeiten solcher Branchen zusammen, die — wie die Textil- und Bekleidungsindustrie — überwiegend Frauen beschäftigen, teils aber auch mit den verstärkten Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen, worauf der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit in den typischen Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen und insbesondere bei den Teilzeitarbeitskräften hindeutet; hier ist mit einem raschen Abbau auch dann nicht zu rechnen, wenn sich die Konjunkturlage wieder bessern sollte.

Auslandsnachfrage weiterhin Konjunkturstütze

12. Von Absatz- und Beschäftigungssorgen blieben in den letzten Monaten vornehmlich jene Bereiche verschont, die im Export einen Ersatz für das flauere Inlandsgeschäft finden konnten. Die reale Warenausfuhr ist — abgesehen von dem Einbruch im Dezember 1973, der vermutlich mit der Ölkrise zusammenhing — bis zuletzt nahezu unvermindert stark gestiegen. Da die laufende Nachfrage die Lieferungen nach wie vor übertraf, wurden die Auftragsbestände, die schon seit Ende 1972 kräftig zunahm, weiter aufgestockt, wenn auch in abgeschwächtem Tempo.

Als bestimmende Einflußfaktoren erwiesen sich die nach wie vor verhältnismäßig günstige Konjunkturlage in wichtigen Abnehmerländern, das auf den Bedarf dieser Länder offenbar gut abgestimmte Exportsortiment der deutschen Industrie sowie insbesondere deren Lieferfähigkeit und -zuverlässigkeit. Dagegen scheinen bislang von der Höherbewertung der D-Mark keine dämpfenden Wirkungen auf die Nachfrage nach deutschen Ausfuhr-gütern ausgegangen zu sein.

13. Der steile Anstieg der Warenausfuhr dürfte sich indes nicht fortsetzen. Hierfür spricht einmal die weltweite Absatzkrise der Automobilindustrie, die auch den deutschen Export von Kraftfahrzeugen beeinträchtigen wird. Zum anderen sehen sich viele Länder aus Zahlungsbilanzgründen zu Maßnahmen genötigt, die auf Importdämpfung zielen. Für die kommenden Monate ist deshalb mit einer verlangsamten Zunahme der Auslandsnachfrage zu rechnen, die sich — wenn auch verzögert — in der Entwicklung der Warenausfuhr niederschlagen wird.

Noch keine Belebung der Investitionsneigung

14. Die Tatsache, daß die gesamtwirtschaftliche Expansion bislang einseitig von der Ausfuhr gestützt wird, trägt sicherlich dazu bei, daß die Investoren die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit einem Schuß Skepsis beurteilen. Angesichts der protektionistischen Bestrebungen in der Welt lassen sich offenbar Exporterfolge nicht mehr ohne ein beträchtliches Disagio in die Zukunft projizieren. Jedenfalls ist noch keine Wende in der Investitionskonjunktur in Sicht. Die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern war zuletzt wieder rückläufig; der kräftige Anstieg im Januar und Februar muß damit weitgehend als Reaktion auf den Wegfall der konjunkturpolitischen Dämpfungsmaßnahmen gesehen werden.

Tabelle 2 — Zur Entwicklung der Tarifverdienste in der Bundesrepublik
Deutschland 1974
(Ausgewählte Branchen)

Monat des Inkrafttretens des Tarifvertrages	Bereich	Vereinbarungen über Lohnerhöhungen	Durchschnitt Steigerungssatz in vH ^a
Januar	Öffentlicher Dienst	11 vH, mindestens 170,— DM	12,5
	Metallindustrie	11 vH (Jan.—Okt.) + 2 vH (Nov.—Dez.) Erhöhung des Urlaubsgeldes, Veränderungen des Lohngruppenschlüssels	14—15
	Schuh-, Lederwaren- und Kofferindustrie	9 vH (Jan.—Okt.)	10,8
	Holzverarbeitende Industrie — Pfalz, Rheinhessen und Rheinland	10,5 vH (Jan.—Juli) + 1 vH (Aug.—Dez.) Strukturelle Verbesserungen	mehr als 11
	— andere Bereiche	10,8 vH und strukturelle Verbesserungen	
	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	11,2 vH (März—Dez.) 225,— DM pauschal (Jan.—Febr.)	11
Landwirtschaft	14—15 vH Verringerung der Lohngruppenabstände	15	
Februar	Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	11 vH	12,4
	Groß- und Außenhandel Hessen	11,3 vH Strukturelle Verbesserungen	mehr als 11,3
	Volkswagen-AG	wie Metallindustrie	14—15
März	Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie Hessen	11,6 vH (März—Sept.) + 1,5 vH (Okt.—Febr.)	12,5
	Einzelhandel Hessen	13 vH Gehälter; 11,5 vH Löhne	12,8
	Ledererzeugende Industrie	9,8 vH (März—Dez.)	11,8
	Feinkeramische Industrie	13,5 vH (März—Nov.) + 2 vH (Dez.—Febr.) Strukturelle Verbesserungen	14,5
April	Einzelhandel Niedersachsen, Bremen	13,4 vH, Strukturelle Verbesserungen	mehr als 13,4
	Industrie Steine und Erden	11,5 vH; in verschiedenen Bereichen Arbeitszeitverkürzungen und Erhöhungen des Urlaubsgeldes, strukturelle Verbesserungen	mehr als 12,5
	Druckindustrie	11,3 vH; strukturelle Verbesserungen	12,5

noch Tabelle 2

Monat des Inkrafttretens des Tarifvertrages	Bereich	Vereinbarungen über Lohnerhöhungen	Durchschnitt Steigerungssatz in vH ^a
	Chemische Industrie Rheinl.-Pfalz, Hessen, Nordrhein	12 vH, mindestens 153,— DM	12,9
	Privates Versicherungsgewerbe	11 vH (April—Juni) + 1 vH (Juli—Sept.) + 1 vH (Okt.—März)	12,8
Mai	Bauhauptgewerbe	11,2 vH,	11,2
	Textilindustrie	11,8 vH—12,5 vH, mindestens 153,— DM; Arbeitsplatz- und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer	mehr als 12,5
	Chemische Industrie Baden-Württemberg, Westfalen, Hamburg, Niedersachsen	12 vH, mindestens 153,— DM	12,9
Juni	Bekleidungsindustrie	11 vH (Juni—April); Erhöhung des Urlaubsgeldes	12,7

^a Auf ein Jahr bezogen.

Quelle: Nach Angaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

15. Gering ist die Investitionsbereitschaft insbesondere in jenen Bereichen, die gegenwärtig im Konjunkturschatten stehen. Dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung des Auftragseingangs beim Maschinenbau (Schaubild 3):

- So sieht man offenbar in den Verbrauchsgüterindustrien keine Notwendigkeit, die Kapazitäten zu erweitern; die Nachfrage nach Maschinen für diese Industriezweige war jedenfalls bis zuletzt rückläufig.
- In der Bauwirtschaft wird vielfach sogar auf Reinvestitionen verzichtet, um auf diese Weise den Kapazitätsüberhang abzubauen. Die Bestellungen von Baumaschinen lagen im März/April dem Werte nach um fast 50 vH unter dem Niveau vom Vorjahr.
- Ihren Rückhalt findet die Investitionskonjunktur gegenwärtig in der verstärkten Bestelltätigkeit der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien; insbesondere in der Stahlindustrie und in der chemischen Industrie sind die Kapazitäten voll ausgelastet.

Im Einklang mit der Entwicklung der Nachfrage ist die Investitionstätigkeit in den ersten Monaten dieses Jahres nochmals leicht gesunken. Die Planungen der Unternehmen deuten daraufhin, daß sie sich nicht vor dem Herbst beleben wird.

16. Als Folge der seit über drei Jahren stagnierenden Investitionstätigkeit hat sich das Kapazitätswachstum spürbar verlangsamt. Dies könnte als Zeichen einer deutlichen Verschlechterung der Wachstumsbedingungen in der Bundesrepublik interpretiert werden.

Schaubild 3



In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, daß die beträchtliche Höherbewertung der D-Mark zu einer verstärkten Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im Ausland geführt habe; die anhaltend rege Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern aus dem Ausland wäre also teilweise das Pendant zum stagnierenden Inlandsabsatz. Diese These wird indes durch die statistischen Informationen nicht gestützt: Zwar waren die deutschen Direktinvestitionen im Ausland 1973 mit 5,6 Mrd. DM¹ doppelt so hoch wie 1972 (2,8 Mrd. DM), doch stiegen die ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland von 4,0 Mrd. DM auf 6,1 Mrd. DM ebenfalls recht kräftig. Offenbar bedarf es einer recht hohen — realen — Aufwertungsrate, ja wahrscheinlich sogar einer beträchtlichen und länger andauernden Überbewertung einer Währung, ehe es zu einer Verlagerung von Arbeitsstätten ins Ausland kommt.

¹ Ihr Anteil an den gesamten inländischen Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft war mit knapp 3 vH nach wie vor gering.

Schrumpfende Bauachfrage

17. Die geringe Bereitschaft, die Kapazitäten zu erweitern, hat sich in einem anhaltenden Rückgang der Nachfrage nach Wirtschaftsbauten niedergeschlagen. Im Wohnungsbau setzte sich die steile Abwärtsbewegung fort, obwohl hier verstärkt öffentliche Fördermittel eingesetzt wurden. Wie kritisch die Auftragslage im Hochbau ist, läßt sich daraus ersehen, daß in den ersten Monaten dieses Jahres die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden um rund 12 vH niedriger lag als im Vorjahr, obgleich von der Witterung her einem zügigen Fortgang der Bauarbeiten nichts im Wege gestanden hätte.

Im Tiefbau hat die gesteigerte Auftragsvergabe des Bundes die Zurückhaltung der Gemeinden nicht wettgemacht. Das Volumen der neu in Angriff genommenen Bauprojekte ist in den ersten Monaten dieses Jahres merklich gesunken, nachdem es seit dem Frühsommer 1973 kräftig gestiegen war. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst die Haushalte stark belastet wurden, was zu Einsparungen an anderer Stelle zwang. Hinzu kommt, daß viele Bauprojekte — im Vorgriff auf 1974 — schon im letzten Jahr vergeben wurden. Die Produktion konnte daher noch merklich ausgeweitet werden; im ersten Vierteljahr 1974 wurden im öffentlichen Tiefbau rund 6 vH mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr.

18. Der anhaltende Nachfragerückgang, dem sich die Bauwirtschaft gegenüber sieht, geht über konjunkturelle Dimensionen weit hinaus. Hier wird ein struktureller Wandel sichtbar, der zu einem Kapazitätsabbau führen wird; innerhalb eines Jahres, von April 1973 bis April 1974, hat sich die Beschäftigtenzahl um 170000 (13 vH) verringert. Mit einem fortgesetzten Schrumpfungsprozeß ist namentlich im privaten Wohnungsbau zu rechnen: Von vielen Bauträgern, die auf die Inflationsangst setzten, ist nicht selten am Markt vorbeigebaut worden. Aber auch im öffentlichen Bau werden sich angesichts der Finanzierungsnöte der Gebietskörperschaften, insbesondere der Gemeinden, nicht alle Hoffnungen der Bauwirtschaft erfüllen.

Zurückhaltung auch bei den Verbrauchern

19. Die retardierenden Tendenzen werden auch beim privaten Verbrauch sichtbar. Die realen Einzelhandelsumsätze stagnieren seit der Jahresmitte 1973; sie unterschritten im ersten Vierteljahr 1974 das Vorjahrsniveau um 3 vH. Vor allem bei der Anschaffung langlebiger Konsumgüter hielten sich die Verbraucher merklich zurück. Da hier ein großer Teil der Anschaffungen dem Ersatz dient, können solche Käufe leicht hinausgeschoben werden. Namentlich auf dem Kraftfahrzeugmarkt ist es zu einer Absatzkrise gekommen, deren Ursache überwiegend darin zu sehen ist, daß sich die Kraftfahrzeughaltung kräftig verteuerte. Die rückläufige Wohnbautätigkeit strahlte auch auf die Nachfrage nach Hausrat und Wohnbedarf aus. Hinzu kam die Unsicherheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die zu vorsichtigerem Disponieren bei längerfristigen Verpflichtungen riet.

Angesichts der gedämpften Verbrauchskonjunktur erwiesen sich die Lagerbestände des Handels als zu hoch. Der Lagerabbau führte dazu, daß der Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien, der sich um die Jahreswende leicht belebt hatte, zuletzt wieder rückläufig war.

20. Die künftigen Absatzchancen des Handels wird man gleichwohl weniger pessimistisch einschätzen können: Die Lohneinkommen sind seit der Jahreswende 1973/74 beschleunigt gestiegen; auch werden zur Jahresmitte die Sozialversicherungsrenten kräftig angehoben, und es entfällt der Stabilitätzuschlag. Von der Entwicklung der Einkommen her gesehen,

steht somit einer beschleunigten Ausweitung der Verbrauchsausgaben nichts im Wege. Entscheidend dürfte freilich sein, daß die Konsolidierung der konjunkturellen Lage die Zuversicht auch der Konsumenten stärken wird.

Differenzierte Entwicklung der Produktion

21. Nur in wenigen Branchen reichte die gute Exportkonjunktur aus, um die Produktion in den ersten Monaten dieses Jahres zu steigern; hierzu gehörten neben der eisenschaffenden Industrie und chemischen Industrie auch einzelne Bereiche der Verbrauchsgüterindustrien. Eindeutig rückläufig war die Produktion im Fahrzeugbau, während sie in den anderen Branchen stagnierte. Insgesamt erreichte die Industrieproduktion in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht ganz das Niveau vom Herbst 1973, unmittelbar vor Ausbruch der Ölkrise. Lediglich im Vorjahresvergleich ergab sich noch ein geringer Zuwachs ($\frac{1}{2}$ vH). Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten ist damit erneut zurückgegangen. Er war im April (saisonbereinigt) mit 83 vH niedriger als im Januar ($84\frac{1}{2}$ vH) und auch niedriger als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre ($86\frac{1}{2}$ vH).

Da auch in vielen anderen Bereichen außerhalb der Industrie die Produktion stagnierte oder — wie in der Bauwirtschaft — sogar merklich zurückging, hat das reale Sozialprodukt in den ersten Monaten dieses Jahres nur wenig zugenommen; das Vorjahrsergebnis dürfte im ersten Vierteljahr 1974 um kaum mehr als $1\frac{1}{2}$ vH übertroffen worden sein.

Sinkende Einfuhr — Spiegelbild der Konjunkturlaute

22. Die Stagnation von Nachfrage und Produktion wirkte sich auch auf die Importe aus. Die reale Wareneinfuhr die schon seit Jahresbeginn 1973 nicht mehr zugenommen hatte, zeigte seit Ende des Jahres 1973 eine deutlich sinkende Tendenz¹. Bemerkenswert ist, daß sich der Rückgang auf alle Warengruppen erstreckte: Die schwache Inlandsnachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern dürfte die Importeure veranlaßt haben, die Einfuhr von Fertigwaren zu drosseln. Angesichts des hohen Niveaus der Preise auf den Weltrohstoffmärkten und der restriktiven Geld- und Kreditpolitik hielten die inländischen Verarbeiter offenbar aber auch die Rohstoffvorräte knapp; die reale Einfuhr von Industrierohstoffen ging stärker zurück, als es der Entwicklung der Industrieproduktion entsprochen hätte.

Die Abschwächung der Importnachfrage wurde nicht nur beim Mineralöl und bei den meisten Rohstoffen — hier waren sie besonders ausgeprägt — durch Preiseffekte verstärkt. Auch bei Fertigwaren tendierten die Preise deutlich nach oben. Offenbar reichten die Veränderungen in den Währungsrelationen nicht aus, um die ausländischen Anbieter zu veranlassen, ihre Marktanteile durch ein aggressives Preisverhalten auszuweiten. Dazu mag beigetragen haben, daß ihnen Lieferschwierigkeiten — sei es wegen Kapazitätsengpässen in bestimmten Bereichen, sei es wegen Arbeitskonflikten — zu schaffen machten.

23. Die Einfuhrdurchschnittswerte stiegen vor allem wegen der überaus starken Erhöhung der Mineralölpreise und auch der Preise für andere Rohstoffe stärker als die der Ausfuhr, obwohl auch die deutschen Exporteure info'ge der regen Nachfrage und der Inflation in den Abnehmerländern die DM-Preise weiterhin beträchtlich erhöhen konnten. Die Zunahme des realen Ausfuhrüberschusses war indes so groß, daß auch die Verschlech-

¹ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß wegen Änderungen in den statistischen Abgrenzungen die Einfuhr seit Anfang 1974 niedriger ausgewiesen wird, als es sonst der Fall gewesen wäre. Diese Differenz beläuft sich zunächst auf 400 bis 500 Mill. DM im Monat, wird aber bis etwa zur Jahresmitte auf Null sinken.

terung der Terms of Trade diese nicht voll kompensiert; nominal belief sich der Überschuß im Zeitraum Januar bis April 1974 (saisonbereinigt) auf $19\frac{1}{2}$ Mrd. DM, verglichen mit $12\frac{1}{2}$ Mrd. DM in den vier vorhergehenden Monaten und 10 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1973.

Für den Rest des Jahres 1974 kann jedoch nicht mit einer Fortsetzung dieser Tendenz gerechnet werden: Die Expansion der Ausfuhr wird nachlassen, und die Einfuhr wird wieder zunehmen, weil der Lagerabbau bei den inländischen Verarbeitern zum Stillstand kommen dürfte. Im weiteren Verlauf des Jahres könnte sich die Einfuhrzunahme sogar deutlich verstärken, sobald sich die Inlandsnachfrage und damit auch die Produktion belebt.

Ausblick: Vollbeschäftigung nur durch Stabilisierungspolitik

25. Bislang läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen, ob es noch in diesem Jahr zu einem Konjunkturaufschwung, also zu einem Anstieg der Kapazitätsauslastung und — im späteren Verlauf — zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kommt. Da ein eindeutiges zyklisches Muster gegenwärtig nicht zu erkennen ist, reicht der Blick nur so weit, wie das künftige Geschehen durch die bereits getroffenen Entscheidungen programmiert ist; diese sprechen für eine zunächst nur verhaltene Aufwärtsentwicklung.

Angesichts der verbreiteten Unsicherheit mehren sich die Stimmen, die einer weiteren Lockerung der konjunkturpolitischen Bremsen das Wort reden oder sogar expansive Maßnahmen fordern. Die Fortsetzung einer auf Dämpfung der Nachfrage ausgerichteten Politik verspreche nicht nur keine Lösung der anstehenden Probleme, sie schaffe im Gegenteil nur neue Probleme:

- Da der Preisanstieg weitgehend kostendeterminiert sei, gebe es ohnehin nur geringe Chancen, ihm mit einer Politik der Nachfragedrosselung beizukommen.
- Soweit es nicht möglich sei, den Kostenanstieg abzuwälzen, würde dies weitere Produktionseinschränkungen und Entlassungen nach sich ziehen. Damit gelänge es zwar, die Mengenkonjunktur zu brechen, die Inflation bekäme man gleichwohl nicht in den Griff.
- Schließlich würde ein Kurzhalten der Inlandsnachfrage den Abbau der deutschen Ausfuhrüberschüsse erschweren und die Zahlungsbilanzprobleme der Defizitländer verschärfen.

26. Neben stabilitätspolitischer Resignation, hervorgerufen durch Mißerfolge der Konjunkturpolitik in den zurückliegenden Jahren, verbirgt sich hinter dieser Auffassung zu einem guten Teil mangelnde Einsicht in fundamentale ökonomische Zusammenhänge. Dies zeigt sich darin, daß man — ungeachtet der Erfahrungen in anderen Ländern — noch immer glaubt, wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit durch Ausbeutung von Geldillusion bekämpfen zu können. Dabei mögen sich zwar kurzfristig die erhofften Beschäftigungswirkungen zeigen, freilich um den Preis einer Beschleunigung der Inflation. Hat sich die Wirtschaft erst einmal an die erhöhten Inflationsraten angepaßt, ist also die Geldillusion geschwunden, dann stellen sich die alten Probleme verschärft ein.

27. Gefährlich ist auch das Alibi, das sich die Bundesregierung mit dem Hinweis verschaffen zu können glaubt, daß kein anderes Industrieland eine so günstige Bilanz sowohl hinsichtlich der Preisentwicklung als auch der Beschäftigungslage aufzuweisen hat. Die deutsche Bevölkerung, soweit sie sich mit einer derartigen Relativierung noch nicht

zufriedengibt, mußte sich unlängst vom Bundeskanzler eine »durchweg anomale Inflationsempfindlichkeit«¹ nachsagen lassen. Offensichtlich wird von den Verantwortlichen noch immer nicht gesehen, daß die Bekämpfung der Inflation eine notwendige Voraussetzung für die Erhaltung des marktwirtschaftlichen Systems ist.

28. Das Fehlen einer Alternative zwingt die verantwortlichen Instanzen, eine Dämpfung des Preisauftriebs über die Nachfrigesteuerung auch dann zu versuchen, wenn der inflatorische Prozeß primär kosteninduziert ist. Es gibt in einem marktwirtschaftlichen System kein anderes adäquates Mittel als das der Globalsteuerung. Erweisen sich einkommenspolitische Appelle wie in der Vergangenheit als fruchtlos, dann bleibt keine andere Wahl, als einen Kurs zu steuern, der das Risiko eines schärferen Konjunkturabschwungs in Kauf nimmt. Verantwortlich für den verschärften Konjunkturabschwung wäre dann nicht die Konjunkturpolitik, sondern das Fehlverhalten der Tarifpartner. Denn das Privileg von Unternehmen und Gewerkschaften, über Preise und Löhne autonom entscheiden zu dürfen, schließt in einem marktwirtschaftlichen System notwendig die Haftung für etwaige Folgen ein; die Haftungsfolgen müssen insbesondere dann eintreten, wenn dieses Privileg — wie es gegenwärtig der Fall ist — im Verteilungskampf mißbraucht wird. Wird die Haftung ausgeschlossen, wie bei einer unbedingten Vollbeschäftigungsgarantie, liefert sich die Wirtschaftspolitik dem Druck der autonomen Gruppen aus.

29. Solange die politischen Instanzen schon von vornherein zu erkennen geben, daß sie sich den Pressionen beugen werden, darf es nicht überraschen, wenn die Globalsteuerung versagt. Die oft beklagte mangelnde Reagibilität der Marktparteien beruht nicht zuletzt auf der geringen Glaubwürdigkeit stabilisierungspolitischer Maßnahmen. Die konjunkturpolitische Bilanz der letzten Monate macht sichtbar, wie wenig die Verantwortlichen bereit sind, eine Stabilisierungsstrategie im Konfliktfall durchzusetzen:

- Jene Entschlossenheit, die die Bundesregierung im Frühjahr 1973 an den Tag legte, als sie sich gegen die sich abzeichnende konjunkturelle Überhitzung und die drohende Verschärfung des Preisauftriebs stemmte, ließ sie im Herbst vermissen, als ihre Politik vor der Bewährungsprobe stand. Obwohl klar erkennbar war, daß eine Ausweitung der Nachfrage das Problem der energiebedingten Angebotsverknappung nicht würde lösen können, gab sie ihren Stabilisierungskurs auf und stellte damit die Signale für hohe Tarifabschlüsse zum Jahresbeginn auf Grün.
- Nach dem Kurswechsel der Fiskalpolitik sollte zwar die Geldpolitik die stabilitätspolitische Grundlinie beibehalten, doch beruhte eine solche »Doppelstrategie« auf der Illusion, daß man die Bremsen zugleich lockern und anziehen könne: Schon kurz nach der Jahreswende steckte auch die Bundesbank im Kampf gegen die Inflation zurück. Sie tätigte umfangreiche Devisenkäufe und schöpfte die zuströmende Liquidität (seit Februar 1974 insgesamt 7 Mrd. DM) nicht voll ab, vornehmlich deshalb, um die Placierung öffentlicher Schuldtitel und damit die Schließung von Deckungslücken in den Haushalten zu ermöglichen. Zeitweilig versuchte sie auch, das Zinsniveau durch Käufe von Rentenspapieren zu stabilisieren.

30. Gegenwärtig scheinen zwar die Voraussetzungen für einen Neubeginn in der Stabilisierungspolitik wenig günstig — die drastische Verteuerung des Mineralöls und der Rohstoffe ist noch nicht voll überwältzt, die Lohnrunde 1974 weitgehend abgeschlossen —, doch um die Weichen für 1975 zu stellen, ist es notwendig, daß der Kampf gegen die Inflation unverzüglich wieder aufgenommen wird:

¹ In einem Interview mit »Le Monde«, Paris, vom 11. Juni 1974.

- Die Geldpolitik müßte zu der restriktiven Linie zurückkehren, die sie bis zur Jahreswende 1973/74 durchgehalten hat.
- Die Finanzpolitik müßte — nicht zuletzt mit einem Blick auf die sich für 1975 abzeichnenden Haushaltsdefizite — deutliche Prioritäten auf der Ausgabenseite setzen. Sollte es sich als unmöglich erweisen, die Ausgaben an den Einnahmenrahmen anzupassen, müßten die privaten Verbrauchsausgaben zurückgedrängt werden; dies könnte über Steuererhöhungen oder über verstärkte Anleihefinanzierung geschehen, die jedoch nicht von der Geldpolitik alimentiert werden darf.
- In bezug auf die Einkommenspolitik müßte den autonomen Gruppen klar gemacht werden, daß sie nur dann mit der Unterstützung des Staates rechnen können, wenn sie sich stabilisierungskonform verhalten, das heißt, daß eine Fortsetzung des Verteilungskampfes auf Kosten der Geldwertstabilität nicht hingenommen wird.
- Was die Wechselkurspolitik anlangt, so müßte das Floating stärker als bisher in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt werden: Eine Höherbewertung der D-Mark, wie sie sich bei einer überzeugenden Stabilisierungspolitik zweifellos einstellen sollte, sollte zugelassen werden. Soweit dies das »Blockfloating« beeinträchtigte, etwa weil andere Länder diesem Kurs nicht folgen, müßte die Bundesregierung die D-Mark aufwerten oder notfalls den Währungsverbund mit den Partnern lösen.